Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 2-3

Artikel: Schweizerische Ideen von kommender Ordnung
Autor: Schürch, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159180

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aber eine klare, vereinfachende und eindeutig föderalistische Lösung hätte so viel für sich, und wäre so gut schweizerisch, daß der Wunsch ausgesprochen werden darf, es möge auch in dieser Richtung mit allem Ernst geprüft werden, was möglich wäre, und es möge mit aller Energie angestrebt werden, was als gut erkannt wird.

Schweizerische Ideen von kommender Ordnung.

Von **Ernst Schürch.**

Unsere Erwartungen von künftigen Dingen sind weithin durch überkommene Vorstellungen oder durch Wünsche beherrscht. Wenn Gewohntes und Gewünschtes zusammenstimmen, dann hält es besonders schwer, die bisherige Wirklichkeit nicht als gewährleisteten Zukunftszustand anzusehen. Eine schweizerische Auseinandersetzung über die zu erwartende oder zu erhoffende Friedensordnung und unsere Stellung in einem wirklichen „Neuen Europa" hat das kürzlich bestätigt. Es gehört darum zur geistigen Vorbereitung auf die nach dem Krieg zu erwartenden Erschütterungen, daß wir einiges, was wir als gegeben hinzunehmen gewohnt sind, noch einmal durchdenken. Sonst machen wir uns aus allerlei fables convenues eine Fata morgana, wenn nicht gar ein fool's paradise.

Wie anderswo, so fand sich auch in der Schweiz das Gewohnheits- und Wunschdenken zuweilen auf militärischem Gebiet. Das eindrucksvollste Beispiel dafür fand ich 1899 in England, kurz vor dem Burenkrieg. Als ziviler Manöverbummler war ich Zeuge von Gefechtsübungen, die eher an Friderizianische Lineartaktik als an einen Kampf mit kleinkalibrigen Repetierwaffen erinnerten. Der Schluß der Übung bestand regelmäßig darin, daß der Oberst auf ein Trompetensignal hin drei Salven des auf zwei Glieder aufmarschierten Regimentes kommandierte (er numerierte die Salven sogar), und wenn die dritte sauber wie aus einem einzigen Lauf herausgeknallt war, dann kommandierte der Oberst: „Bayonet, hurrah!" So zog man ins Feld gegen einen Feind, der den Krieg als Jagd betrieb. Die Folgen waren ja auch danach.

Dieses Beispiel einer stehenden Armee macht es gewiß begreiflich, wenn auch in einer Milizarmee die Diskussion über veraltete Vorstellungen im Fluß bleibt. Als in der Zwischenkriegszeit fremde Armeen sich motorisierten, Amerika die Kavallerie aus dem Sattel hob und ans Lenkrad setzte, die britische Artillerie zur mechanischen Zugkraft überging und in Deutschland, das solche Änderungen nicht auszukrähen pflegt, doch zu merken war, daß man mit neuen technischen Mitteln und Methoden arbeitete, da wurde es einem Schweizerbürger ein wenig schwül beim Gedanken an unsere Feldartillerie, und er legte bescheiden, wie es einem Unberufenen anstand, seine Besorgnisse dem Chef des eidgenössischen Militär-

departementes vor. Viel Einbildungskraft brauchte es ja nicht, um die fahrenden Kolonnen auf den hellen Landstraßen dahintrotten zu sehen, immer sechs Pferde vor jedem Geschütz, und zu jedem Geschütz ein Caisson hinter wieder sechs Pferden — über diesem langsamen und höchst verletzbaren Heerzug aber feindliche Flieger! Der Bürger sagte, man höre immer, der Bund müsse die Pferdezucht unterstützen wegen der Artillerie. Ob vielleicht die bespannte Artillerie beibehalten werde wegen der Pferdezucht? Man hätte doch wohl landwirtschaftliche Gründe genug, um das Jurapferd zu fördern.

Der Herr Bundesrat lächelte, drückte auf einen Knopf und ließ einen Fachmann kommen. Der Fachmann sagte, unser Gelände eigne sich nicht für die Motorisierung; in vielen Fällen kämen da nur bespannte Fahrzeuge durch. Der besorgte Bürger hatte 1918 amerikanische Raupenfahrzeuge auf schwierigstem Boden üben sehen, und ihm schien, der Schweizerboden eigne sich vielleicht am schlechtesten für Sechsspänner, besser für wendigere, schnellere, viel weniger verletzliche Kriegsvehikel, die weniger Anspruch an Bedienung, Führung und Unterkunft stellten, einen Vorrat Munition mit dem Geschütz selber in Stellung bringen könnten und für das Nachfüllen des Treibstoffes nicht soviel Zeit brauchten, wie die Habermotoren. Aber der Laie war abgefertigt, wie ihm schien, sozusagen vom Postkutschenstandpunkt aus.

Ein andermal erlaubte sich ein Zivilist, zu fragen, ob wir uns gegen Fallschirmtruppen vorgesehen hätten. Er erhielt den Bescheid, unser Gelände eigne sich nicht zum Abspringen aus der Luft; das komme auch nur in sehr dünn besiedelten Gegenden in Frage, in Rußland und etwa noch in Skandinavien. Später war zu lesen, daß Fallschirmler in Belgien, wohl gar mitten in einer Stadt, niedergegangen seien.

Man darf das heute ruhig sagen, es wird kein Vertrauen in die Armee berühren, da die Schweiz längst die praktischen Folgen gezogen hat aus den Kriegserfahrungen, die andere gemacht haben. Es war hier nur zu zeigen, daß Friedensgewohnheiten auch in der Schweiz zu Fehlschlüssen führen können, damit wir unsern Vorrat an Denkschablonen auf der ganzen Linie, auch auf der politischen, neu durchdenken.

Bei aller konstitutionellen Vorsicht und Nüchternheit des Schweizers erliegt er manchmal sogar in der Einstellung zur Vergangenheit einer unbedachten, volkstümlichen Idee, besonders wenn sie ihm mit einem bildkräftigen Schlagwort eingeprägt wird. So gilt es als ausgemacht, daß seit Marignano die Eidgenossen auf eine aktive Außenpolitik ein für allemal verzichteten und den Spieß nur noch für fremde Herren über die Grenze trugen, nicht um sich in fremde Händel einzumischen, sondern als bezahlte Kriegsknechte. Für die Soldzahler, nicht für sich hätten sie fortan Länder und Städte erobert. Man hört es von Kathedern herab, man hörte es sogar von einer vaterländischen Festspielbühne tönen: „Marignano, ein Rückzug aus der Weltgeschichte".

Nun begab es sich aber, daß einundzwanzig Jahre nach Marignano von der Schweiz aus ein Zug geschah, der von allen vielleicht am tiefsten in die Weltgeschichte eingedrungen ist und jedenfalls der Eidgenossenschaft die größte Eroberung eingetragen hat. Um Genf, den Herd der internationalsten aller Reformationen vor dem sichern Untergang zu retten, besetzte Bern das Waadtland. Die Folgen für die alte und die neue Welt sind unabschätzbar. Für die Eidgenossenschaft bedeutete das sehr unneutrale außenpolitische Verhalten endlich die Juragrenze, die Bern vor Augen hatte, als es seinen burgundischen Bund gründete, lange bevor es in den „Bund oberdeutscher Lande" eintrat, wie die Eidgenossenschaft auch nach dem Eintritt Freiburgs hieß. Denn Freiburg, dessen Anschluß übrigens auch zur bernischen Westpolitik gehörte, war nicht, wie man es heute gerne sagt, ein „welsches Ort", sondern verdeutschte sich bis 1798 immer eifriger. Ludwig XIV. wollte auch nichts von Eidgenossen französischer Zunge wissen; Freiburg hatte in Paris bei der Beschwörung der Allianz deutsch aufzutreten wie die andern. Weder Genf, noch die Waadt, noch Neuenburg, noch der Nordjura, und schwerlich das Unterwallis wären heute schweizerisch, hätte sich Bern nach der Niederlage der Eidgenossen im Jahre 1515 wirklich aus der Weltgeschichte auf die Neutralität zurückgezogen. Daß die andern Eidgenossen der bernischen Waadt den Bundesschutz verweigerten, änderte nichts am Enderfolg.

Diese Dinge, die uns Bernern geläufig sind, darf man wohl einmal von dieser schweizerischen Warte aus in freundliche Erinnerung rufen.

Ist nicht sogar unsere geographische Lage jenen begeisterten Eidgenossen etwas unklar, die verkünden, daß die Schweiz die europäische Mission habe, die Alpenpässe zu hüten, um als Bollwerk des Friedens unter den großen Nachbarn diese auseinanderzuhalten durch ein als unangreifbar geachtetes Zwischenland, oder gar „Herz Europas"? Die Karte sagt uns, daß wir nicht im Besitz „der Alpenpässe" sind, und die Geschichte lehrt, daß im letzten Krieg Deutschland Italien, und in diesem Krieg Italien Frankreich auf dem Landweg, über die Alpen angreifen konnte. Dagegen half keine Wacht am Gotthard. Der letzte Krieg hat die neutrale Alpenschranke sogar verkürzt durch die Preisgabe der Neutralität Hochsavoyens, und ihre Verlängerung nach Osten durch den Anschluß Vorarlbergs war auch nicht erlaubt. Unsere Alpenbahnpolitik war angetrieben durch die Angst vor Umfahrung der Schweiz. Wenn wir schon in der geschichtlichen Rückschau und in der geographischen Betrachtung feststehender Tatsache so leicht ins Schwimmen kommen, wieviel mehr Vorsicht ist dann in der Beurteilung der Zukunft am Platz!

* * *

Es war zu hören, daß gedankliche Baumeister der Zukunftsordnung bei uns immer noch befangen sind in den Vorstellungen, die bei der Entwaffnung der Mittelmächte nach 1918 Geltung hatten. Man verbot dem erlaubten Armeerest Deutschlands die „schweren Waffen", besonders die

Flieger und die schwere Artillerie, in der Meinung, damit seien den Deutschen die Angriffsmittel für einen Rachekrieg weggenommen. Daß es zur dauernden Zwangsabrüstung einer dauernd gegenwärtigen Aufsicht bedürfte, hätte man eigentlich schon seit Jena gewußt, und daß diese dauernd wirksame Aufsicht ohne dauerndes Einvernehmen der Sieger versagt, ist nicht nur bekannt, sondern sogar natürlich. Ebenso weiß man, daß Siegerkoalitionen zu zerfallen pflegen und dann der Besiegte das Zünglein an der Waage eines neuen Gleichgewichts werden kann.

Ist es nicht mit Zwilchhandschuhen zu greifen, daß es gerade darin beim Alten bleiben wird, so viel Neues uns auch der Friede bringen mag? Der Grund zu solcher Beharrung im Geleise des geschichtlichen Ablaufs liegt in der menschlichen Natur, und natura non facit saltus.

Nun gibt es aber eine Gewohnheit, sich an jenes Unwirkliche zu verlieren, das man sich längst gewünscht hat. Gewohnheitswünsche können unsere Gedankengänge geradesogut und ebenso gefährlich irreleiten wie Gewohnheitstatsachen.

Auf einen bestimmten Stand der Waffentechnik abzustellen ist heute noch weniger erlaubt als je. Not macht erfinderisch, Kriegs- und auch Friedensnot. Man wird mit der bequemen Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen, schweren und leichten Waffen politisch nicht weiter rechnen dürfen, wenn man sich nicht verrechnen will. Das Küstengeschütz war trotz seiner Schwere eine reine Verteidigungswaffe, bis es weit genug trug, um die gegenüberliegende Küste anzugreifen. Darum gehört ein Fragezeichen hinter die Idee, die für den Frieden verantwortlichen Sieger werden sich das Monopol auf schwere Waffen vorbehalten und damit alle Umwälzungsgelüste in Schach halten. Wir wissen ja keinen Augenblick, was in diesem Krieg und den ihm folgenden Jahren noch alles erfunden werden kann. Seit Jahr und Tag experimentiert man unter großem Aufwand in den kalifornischen Bergen mit der Atomzertrümmerung und ist damit soweit, daß der verstorbene Nicolas Politis in seinem politischen Testament, dem Buche „La morale internationale“, eine Umwälzung kommen sieht, die den Folgen der Erfindung der mechanischen Zugkraft nicht nachstehen werde. Was das für die Zerstörungstechnik bedeuten kann, ist gar nicht abzusehen. Es ist aber nicht gesagt, daß die Sieger von morgen die Erfindungen von übermorgen in der Hand haben werden.

Friedensvereine und Unionen, die edlen Sinnes bemüht sind, dem allgemeinen oder doch dem europäischen Besten zu dienen und zu diesem Zweck unser Volk auf übernationale Gesichtspunkte einzustellen, geraten leicht in Gefahr, die Organisation (weil sie selber eine sind) als Träger des künftigen Friedens zu überschätzen. Der Völkerbund hat aber schon gezeigt, was das Institutionelle an sich vermag, und was nicht. Darum ist es gut, alle äußere Ordnung, die sich als Friedensgrundlage empfiehlt oder empfehlen läßt, auf ihre Tragfähigkeit hin zu überdenken.

Es war logisch überlegt, daß eine internationale Institution, die den Krieg wohl nicht unbedingt verbieten wollte, aber ein Schlichtungsverfahren vorschrieb, ehe sie die Waffen freigab, meistens den Frieden wahren würde, weil die Friedenskräfte inzwischen mobilgemacht werden konnten, und wir dürfen auch gar nicht leugnen, daß dieses System mehr als einmal Erfolg hatte. Aber doch nur da, wo nicht die gewichtigsten Probleme gestellt waren, wo nicht eine weitgesteckte Eroberungspolitik gehemmt werden sollte. In den schwersten Proben des Völkerbundes war es wie immer, wenn man eine geschliffene Klinge in Papier einwickelt. Beim ersten heftigen Ruck wird die Hülle zerschnitten. Es braucht mehr als Papier, sei es auch das der feierlichsten Organisationspakte, die Schärfe des Krieges unschädlich zu machen.

Die unerbittliche Folgerung aus unbarmherzigen Tatsachen ist die, daß der Weltfriede, also eine Ordnung, die ein schwächeres Volk gegen den Gewaltmißbrauch der Großen schützt, solange ein frommer Wunsch bleibt, als nicht einer der Wege zu Ende gegangen wird, auf denen die einzelnen Staaten zu ihrem Landfrieden gekommen sind; entweder muß herrschaftsmäßig oder bundesmäßig eine überwiegende, kaum mehr herauszufordernde Macht als Hüterin des Rechts gegen das Faustrecht eingesetzt werden. Dem ausgesprochenen Machtstaat aber ist schwer zu trauen, weil Macht nach immer mehr Macht zu rufen pflegt, und solang sie nicht nach außen wachsen kann, wirft sie sich vorerst nach innen und versklavt das eigene Volk, so daß ihm von den Segnungen des Völkerfriedens nicht mehr eben viel zugute kommt. Bekannt ist zur Genüge, daß die Gewaltgebilde hierauf den umgekehrten Weg machen: die Machtüberfülle, die im Innern erreicht ist, schlägt über die Grenzen. Ganz sicher sind die innern Staatsordnungen mit dem zwischenstaatlichen Zustand unlöslich verbunden. Ein grundsätzlich dynamisches Staatswesen kann nie stillestehen, nie genug haben. Es muß in Bewegung bleiben, wie ein Radfahrer, wenn er im Sattel bleiben will. Darum hat man einige Zweifel an einer Friedensgarantie, die auf völliger innerpolitischer Selbstbestimmung beruht, solange ein übermächtiger Herrschaftsstaat politisch führt.

Jawohl, rufen unsere Europäer: darum muß Europa föderalisiert und die entscheidende Gewalt in eine Bundesexekutive gelegt werden.

Damit ein solcher Kontinentalbund aber richtig leben und wirken könne, müßten Voraussetzungen geschaffen werden, die heute fehlen und teilweise immer mehr zu fehlen drohen. Wenn es nach Feldmarschall Smuts ginge, dann wäre überhaupt keine Hoffnung, daß sie jemals erfüllt werden könnten.

Vor allem sollten nicht außereuropäische Mächte in der Lage sein, Europa in das alte Spiel der rivalisierenden Imperialismen zu verstricken und damit aus unserem edlen Weltteil einen großen Balkan zu machen, auf dem jede Großmacht ihren Bauer vorschiebt. Wer will aber nach einem Sieg der Alliierten eine solche Möglichkeit wegorganisieren

und wie will er das tun? Jedenfalls ist das System der Einflußsphären unverträglich mit jeder Art von Einigung Europas. Es geht nicht ohne Unabhängigkeit von den Kolossen.

Die zweite Voraussetzung eines gedeihlichen Bundeslebens ist die, daß die Größenunterschiede zwischen den Bundesgliedern nicht allzukraß seien. Sonst wäre auch bei der schönsten Bundesverfassung das allgemeine Sicherheitsgefühl kaum stark genug, um von vornherein und auf die Dauer eine Sonderbündelei zu verhüten, die wiederum von den außenstehenden Weltmächten nach rechts oder links ausgenützt werden könnte.

Soll man nun die zu großen Stücke zerschneiden? Geschieht dies gegen den Willen der so zerrissenen Staatsvölker, dann ist der Bund mit einem unheilbaren Geburtsfehler behaftet und der Friede in seinem Innern wird nicht, wie es unbedingt sein muß, durch die Zustimmung aller, sondern durch Zwang aufrecht erhalten. Jeder innere Zwist aber ruft leicht einer äußern Einmischung. Im Interesse des Ganzen liegt es auch, daß die europäischen Kolonien in andern Weltteilen ihren rechtmäßigen Besitzern bleiben oder zurückgegeben werden. Das bringt aber eine Menge von weltpolitischen Verflechtungen und Durchkreuzungen, an die man zuweilen nicht denkt, wenn man sich begeistert für ein Europa, das ganz unter sich wäre.

Nun hören wir auch, nicht durch Zerstückelung, sondern durch einen innern Umbau der europäischen Großstaaten wäre dem Frieden zu dienen. Man denkt an einen Aufbau von unten, von den Gemeinden aus, die überall ein Stück Autonomie und Selbstverwaltung erhalten sollten. Das würde zur Dezentralisierung der öffentlichen Gewalt, und folgerichtig zur innern Föderalisierung der Mitgliedstaaten des europäischen Bundes führen, und damit auch zur Vermenschlichung des öffentlichen Lebens. Ein Ziel, aufs innigste zu wünschen; aber der Weg ist weit, für die Dringlichkeit des Friedensbedürfnisses zu weit. Man ist nicht einmal davor sicher, daß ein seit Jahrhunderten an den Obrigkeitsstaat gewohntes Volk, dessen bündische Versuche von den dynastischen Landesherren gerade damals niedergeschlagen wurden, als in der Eidgenossenschaft der Bund der Bauern und Städte siegte, an den Gehorsam unter dem herrschaftlichen Befehl zu sehr gewohnt sein könnte, um die Unbequemlichkeit örtlicher Selbstbestimmung gern auf sich zu nehmen. Hörte man nicht zur Weimarerzeit schon Klagen über den Mangel an Begeisterung für die von oben auferlegten Rechte und Freiheiten? Könnte sich nicht noch einmal der Wunsch regen nach dem starken Mann, der für alle denkt und in dessen treuer Gefolgschaft sich auch (geschehe was wolle) die Gewissen beruhigt fühlen? Auf keinen Fall könnte man Gemeinden im schweizerischen Sinn schaffen ohne den tragenden Willen des Gemeindevolkes selber.

Es scheint uns, jede noch so lange und noch so herzlich gehätschelte Hoffnung, Frieden und gute Nachbarschaft durch bloßes Organisieren zu sichern, laufe Gefahr, noch einmal enttäuscht zu werden.

Die Schweiz wird über den äußern und innern Nachkriegszustand Europas und seiner Länder nicht mitbestimmen und amtlich wohl auch nur soweit über ihre Grenzen hinaus mitreden wollen, als es um ihre eigenen Angelegenheiten geht, die freilich ins Ganze mitverstrickt sind. Denn mit Ausnahme einiger Professoren und ihres Anhanges scheint man überall gewillt, nur mit der Neutralität, und zwar mit der undifferenzierten, in die Nachkriegszeit hinüberzutreten und sich von der Weisheit aus Südafrika: „Die Neutralität ist tot" nicht einschüchtern zu lassen. Und Neutralität ist Nichteinmischung, wirkliche, nicht so, wie sie im spanischen Bürgerkrieg mit Einmischungstruppen geübt wurde.

Es gibt trotzdem eine Begeisterung, die glauben macht, daß wir als Neutrale in einen europäischen Bund eintreten könnten. Bund heißt aber Solidarität, und Neutralität bedeutet Isolation, und das gilt von der grundsätzlichen und dauernden Neutralität der Schweiz noch mehr als von der gelegentlichen, die sich am Ende dem von Staatssekretär Hull empfohlenen Gleitsystem noch eher anpassen könnte. Soweit die Schweiz im Völkerbund Aktivmitglied nicht nur in Beratungen und Beschlüssen, sondern auch im Friedensschutz war, soweit war auch ihre Neutralität „differenziert", deutsch gesagt durchlöchert. Ein groteskes Schauspiel war der Versuch, Neutralität mit Solidarität zu verbinden, indem die Schweiz die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien solidarisch mitmachte und sofort das Waffenembargo auch gegen das angegriffene Abessinien verhängte. Das war ja die Neutralisierung der Solidarität! Darf man das so rasch vergessen und heute wieder eine neutrale Schweiz in einen europäischen Bund hineinkomponieren?

Der Wunsch als Vater des Gedankens pflegt lebensuntüchtige Kinder zu zeugen. Der Gedanke sollte den Wunsch beherrschen, wenn nicht der erste, dann doch der zweite Gedanke, zu dem uns ein gütiges Schicksal in der militärischen Rüstung Zeit gelassen hat. Verbessertes Besinnen möge uns auch von politischen Illusionen rechtzeitig befreien, ehe Trugbilder uns bannen, in einem Augenblick vielleicht, wo wir von harten Tatsachen zu nüchterner, entschlossener und geschlossener Haltung aufgerufen werden.

Nüchternheit wird uns helfen, die Ursache des Unglücks dort zu erkennen und nach dem Maß unserer nicht zu weiten Möglichkeiten zu bekämpfen, wo sie wirklich liegt. Es ist nicht alles politisch, wirtschaftlich, sozial zu erklären und damit organisatorisch zu erfassen. Die Wurzel des Unheils reicht in die sittlichen Unterlagen jeder menschlichen Gesellschaft hinunter. Politis hat das in seinem erwähnten Buche mit eindringlicher Überzeugungskraft klargemacht.